

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846 pbbn d

Inhalt

Horst Isola, Stellvertreter der Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, führt den Nachweis, daß eine Raketenstationierung der Zweidrittel-Mehrheit bedarf: Bundesregierung plant Bruch der Verfassung.

Seite 1

Helmut Rohde MdB schildert den Sommer nach Helmut Schmidt: Kohl weiß nach 13 Monaten nicht, ob es noch 13 Jahre weitergeht.

Seite 4

**Dokumentation:
Horst Ehmke auf dem Landesparteitag der hessischen Sozialdemokraten: Der Offenbarungseid der Rechtskoalition. (Teil II)**

Seite 7

38. Jahrgang / 156

17. August 1983

Bundesregierung plant Bruch der Verfassung

Raketenstationierung bedarf einer Zweidrittelmehrheit

Von Horst Isola

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ)

1. Die geplante Raketenstationierung ist rechtlich nur aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrages zulässig. Zur Wirksamkeit dieses Vertrages ist die Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes erforderlich (Artikel 59 II GG).

Dieses Bundesgesetz bedarf gemäß Artikel 79 Absatz 2 der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates, weil es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag handelt, der der Verteidigung der Bundesrepublik zu dienen bestimmt ist. Gemäß Artikel 79 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz müssen die beiden Verfassungsorgane mit qualifizierter Mehrheit ausdrücklich feststellen, daß die Bestimmungen des Grundgesetzes dem Abschluß und dem Inkrafttreten des Vertrages nicht entgegenstehen; ferner ist eine entsprechende Ergänzung des Wortlautes des Grundgesetzes vorzunehmen.

2. Die Bundesregierung plant dagegen, das vom Volk gewählte Parlament in einer für die Bevölkerung existenziellen Lebensfrage völlig auszuschalten, obwohl renommierte Verfassungsrechtler nachgewiesen haben, daß die sogenannte Nachrüstung nur unter Beteiligung der zuständigen Verfassungsorgane erfolgen dürfe. Eine entsprechende Forderung hat der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Alfred Emmerlich, erst kürzlich aufgestellt. Hierzu fiel dem rechtspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Benno Ehrhard, nur die zynische Bemerkung ein, nun wolle man auch noch "rechtliche Feinheiten (!)" bemühen. Das Grundgesetz als Finesse. Deutlicher kann man seine verfassungsfeindliche Einstellung nicht bekunden als mit dieser Bemerkung. Ein geplanter Verfassungsbruch soll kaschiert werden.

3. Die Bundesregierung Deutschland hat gemäß Artikel 1 Absatz 2 Generalvertrag die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten. Weder der Generalvertrag noch der Aufenthaltsvertrag für die aus-

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Gründungsmitglied
des Deutschen Presserats
für die Pressefreiheit



ländischen Streitkräfte in der Bundesrepublik sowie der Nato-Vertrag enthalten die Befugnis, ohne Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland atomare Mittelstreckenwaffen bei uns aufzustellen. Der sogenannte Nato-Doppelbeschluß stellt lediglich ein rechtlich unverbindliches politisches "Versprechen" gegenüber den USA dar, im Falle des Scheiterns der Genfer Verhandlungen Massenvernichtungswaffen dieser Art auf bundesdeutschem Territorium aufstellen zu dürfen.

4. Eine rechtliche Wirkung kann die Stationierungszusage nur dann entfalten, wenn die Zustimmung durch das nach unserem Grundgesetz hierfür zuständige Verfassungsorgan, dem Deutschen Bundestag (und Bundesrat), erfolgt. Eine Erklärung der Bundesregierung reicht nicht aus, und zwar aus folgenden zwei Gründen:

- a) Das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE) 40, 237 (249) fordert, "daß die Entscheidung aller grundsätzlichen Fragen, die den Bürger unmittelbar betreffen, durch Gesetz erfolgen muß, und zwar losgelöst von dem in der Praxis fließenden Abgrenzungsmerkmal des Eingriffs". Den vom Parlament beschlossenen Gesetz "kommt gegenüber dem bloßen Verwaltungshandeln die unmittelbarere demokratische Legitimation zu und das parlamentarische Verfahren (gewährleistet) ein höheres Maß an Öffentlichkeit der Auseinandersetzung und Entscheidungssuche und damit auch größere Möglichkeiten eines Ausgleichs widerstreitender Interessen".

So hat das Bundesverfassungsgericht für die Genehmigung von Atomkraftwerken ausgeführt, daß der Gesetzgeber wegen der weitreichenden Auswirkungen dieser Anlagen auf die Bürger die wesentlichen und grundlegenden Fragen des Genehmigungsverfahrens regeln müsse. Hält das Bundesverfassungsgericht schon bei Atomkraftwerken die Einschaltung des Bundestages für unabdingbar, ist dieses erst recht bei den viel gefährlicheren Massenvernichtungswaffen erforderlich. In den letzten Jahren haben sich über 200 Unfälle mit Atomwaffen der Nato ereignet; in vielen Fällen konnte eine Atomexplosion mit Millionen Toten nur im letzten Augenblick verhindert werden. Überdies werden die Sowjets wegen der kurzen Flugzeit der Pershing II (circa zehn bis zwölf Minuten) künftig nicht mehr in der Lage sein zu überprüfen, ob ihre Radar-Warnanlage irrtümlich einen Raketenangriff anzeigt (womöglich ausgelöst durch einen Vogelschwarm), sondern automatisch den Vergeltungsschlag gegen die Bundesrepublik auslösen. Und in Krisenzeiten ist mit einem atomaren Präventivschlag gegen die USA-Raketen zu rechnen.

Wenn schon das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber eingeschaltet wissen will bei der Entscheidung, "ob Sexualkunde fächerübergreifend oder als besonderes Unterrichtsfach dargeboten" wird, liegt die Schlußfolgerung nicht fern, daß das gleiche Erfordernis bei der Aufstellung von Atomwaffen rechtlich zwingend geboten ist.

- b) Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung in Form eines Bundesgesetzes (Artikel 59 II GG). Unter dem Begriff der "Regelung politischer Beziehungen" ist zu verstehen: Militärische Bündnisse, Nichtangriffspakte, Hilfeleistungspakte, Kriegsverhütungsverträge, Freundschafts-, Neutralitäts-, Friedensverträge, Unionen, Gebietsänderungsverträge, Gebietsgarantien, Beitrittsverträge zu internationalen Organisationen sowie im allgemeinen alle Abkommen, die die Existenz, die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität oder deren Sicherung angehen, oder die die allgemeine Machtstellung eines Landes in der Staatsgemeinschaft wesentlich beeinflussen.

Die geplante Raketenstationierung kann einem großen Teil dieser Kriterien mühelos zugeordnet werden. So wird mit Sicherheit die allgemeine Machtstellung der Bundesrepublik in der Staatsgemeinschaft durch die Stationierung wesentlich beeinflusst. Mithin ist auch nach dieser Vorschrift des Grundgesetzes ein besonderes Bundesgesetz notwendig.

5. Dieses Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates (Artikel 79, Absatz 2 GG). Absatz 1 Satz 2 von Artikel 79 bestimmt nämlich, daß bei völkerrechtlichen Verträgen, die eine



Friedensregelung, die Vorbereitung einer Friedensregelung oder den Abbau einer besatzungsrechtlichen Ordnung zum Gegenstand haben oder der Verteidigung der Bundesrepublik zu dienen bestimmt sind, der Bundestag ausdrücklich klarstellen muß, daß die Bestimmungen des Grundgesetzes dem Abschluß und dem Inkrafttreten des Vertrages nicht entgegenstehen.

Da die Stationierung der Raketen angeblich der Verteidigung dient, ist diese Verfassungsvorschrift anzuwenden. (Tatsächlich dient die Raketenstationierung der "Kriegsplanung", so der militärische Chefdenker der US-Administration Colin S. Gray; mit diesen Waffen soll die "Enthauptung" (decapitation) der Sowjetunion durchgeführt werden). Unter diese Verfassungsbestimmung fallen nicht nur Verträge, die der Eingliederung deutscher Kräfte in eine supranationale Organisation dienen, sondern auch Militärbündnisse und Verträge über Waffenlieferung.

Diese Verfassungsbestimmung soll verhindern, daß Regelungen, wie zum Beispiel die sogenannte Nachrüstung, die durch unmittelbare Gesetzgebung nicht durchzusetzen wären oder bei einer Behandlung im Bundestag öffentliche Unruhe erzeugen würden, nicht auf dem Umweg über völkerrechtliche Verträge klammheimlich beschlossen werden.

6. Die vom Grundgesetz geforderte Klarstellung hat im Wege einer Verfassungstextänderung zu erfolgen. Der "Wortlaut des Grundgesetzes" bedarf einer "Ergänzung" dahingehend, daß der Vertrag gelten soll, auch wenn ein Widerspruch zu geltenden Verfassungsnormen vorliegt. Die Klarstellung des Grundgesetzes hat also den Charakter einer "authentischen Interpretation". Das heißt, der Bundestag müßte mit zwei Dritteln Mehrheit (ebenso der Bundesrat) feststellen, ob und gegebenenfalls welche Verfassungsbestimmungen durch die Raketenstationierung verletzt würden. Danach müßte der Gesetzgeber feststellen, daß folgende Rechtsnormen künftig keine Geltung mehr besitzen sollen:

- a) Verstoß gegen Artikel 2 Absatz 2 GG (Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit),
- b) Verstoß gegen Artikel 20 Absatz 2 GG (alle Staatsgewalt geht vom Volke aus: die Alleinverfügungsbefugnis des US-Präsidenten über den Einsatz der Atomwaffen verletzt die Volkssouveränität, weil der US-Präsident nicht das deutsche Volk ist),
- c) Artikel 25 GG (die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, wie zum Beispiel das Verbot des Ersteinsatzes von Atomwaffen sowie das Gewaltandrohungsverbot in Artikel 2 Absatz 4 UN-Charter wird verletzt),
- d) Verstoß gegen Artikel 26 GG (Verbot des Angriffskriegs sowie alle Handlungen, die geeignet sind, und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören).

Diese Feststellung allerdings käme einer Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung gleich. (-/16.8.1983/hj/ca)

+ + +



Ein Sommer nach Helmut Schmidt

Kohl weiß nach 13 Monaten nicht, ob es noch 13 Jahre weiter geht

Von Helmut Rohde MdB

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Unvergessen sind die Wochen vor und nach dem Kanzler-Sturz von Helmut Schmidt vor einem Jahr. Das westliche Ritual, jeweils die amtierende Regierung als "verbraucht und unfähig" anzuschwärzen und gleichzeitig die Opposition wie einen Ausbund der Erneuerung vorzustellen, wurde in der Bundesrepublik bis zum Exzeß durchgespielt. Die Wende, der neue Anfang, Ärmel hochkrempeln, den Aufbruch und den Aufschwung wählen - grenzenlose Selbsteinschätzung wurde Legion. Im selben Atemzug wurden die Gestürzten als "Betrüger" und "Verbrecher" traktiert. Ein westlicher Regierungssturz also, wie aus dem bourgeoisen Bilderbuch. Daran sieht man, wie heute konservative Destabilisierung in der Welt vorgenommen wird.

Und jetzt, ein Sommerloch danach? Selbst die "Aufschwung-Wähler" vom 6. März werden langsam, aber sicher die Erweckungsreden der Schmidt-Nachfolger leid. Der "Aufschwung" wird zum politischen Filou, ist unfassbar. Der Blick zurück gerät auch bei seinen März-Wählern nicht nur zum Zorn. Der Zweifel an der amtierenden Regierung und am eigenen Vergangenheitsbild wächst bei ihnen.

Aber es sind nicht nur Stimmungen, vielmehr wachsende Zukunftsdefizite, Entscheidungsschwäche und Mißtrauen im In- und Ausland, die Sorgen machen. Die Regierung selbst wird unsicher, ob sie nach den ersten 13 Monaten noch annehmen kann, wie ihre Vorgängerin weitere 13 Jahre vor sich zu haben. Zu viel hat sie inzwischen auf dem Kerbholz:

1. Unter ihren Händen entgleitet, erst unmerklich, dann unübersehbar, jenes Maß an Selbstbewußtsein, Verlässlichkeit und Mut zur eindeutigen - und wenn es sein muß - offensiven Vertretung deutscher Politik in den internationalen Beziehungen, das vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten unseren Standort ausgemacht und geprägt hat. Kohl findet aus der denkwürdigen Kutsche des Williamsburger Gipfeltreffens und aus der Verstrickung des Raketenbeschlusses an der damaligen Reaganschen Kaffeetafel nicht mehr heraus. Er scheut sich, konkret zu werden, geschweige denn den Mut zu Vorschlägen und Initiativen zu zeigen und sich mit den wachsenden Sorgen der Deutschen International zu Wort zu melden. Dabei zeigt sich, daß ein neuer Wettlauf atomarer Mittelstreckenaufrüstung das geteilte Deutschland mehr als jeden anderen Platz in der Welt treffen wird. Wie immer, wenn es ernst wird, sucht Kohl die Ausflucht. So meint er, dann müßten wir eben erst atomar aufrüsten, weil wir nur so später wieder abrüsten könnten.

Dabei wird immer klarer: Wenn das geteilte Deutschland von den beiden Supermächten zum vorgeschobenen Areal atomarer Überrüstung gemacht wird, dann werden diese nicht nur auf der militärischen Verfügungsgewalt über das neue Potential bestehen. Gleichzeitig wird ihre Sucht zur Kontrolle des jeweiligen politischen Umfeldes wachsen. Mittelstreckenraketen - diese Organisation gigantischer Schrecken im Sekundenformat - ziehen ihre politischen Folgen nach sich. Unter solchen Vorzeichen werden Länder zu Vorfeldern.

Das wäre Zäsur und Rückfall zugleich. Vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten haben große Europäer - in vielen Ländern, so in Frankreich und bei uns - umsichtig und energisch dafür gewirkt, Europa nicht nur Schachbrett der Supermächte sein zu lassen. Sie weckten die Hoffnung auf ein Europa des Selbstbewußtseins und der Völker, die nach wachsenden Beziehungen untereinander suchten und die dabei waren, in einer konflikt-durchzogenen Welt eine Kraft des Ausgleichs, wenn möglich der Verständigung, auf jeden Fall der Verhütung des Schlimmsten zu werden.

Jetzt verhandeln in Genf nachgeordnete Beamte der Supermächte über das Schicksal dieses Kontinents. Es ist jene unglaubliche Lethargie, vor allem in den letzten Monaten, mit der die heutigen Regierungskreise unsere Sorgen und unsere Einwände, aber auch unser Empfinden für die europäische Zukunft herausfordern.

2. Bei diesem Zustand wundert es nicht, wenn das jüngste EG-Gipfeltreffen in Stuttgart zu einer Art notdürftig verdecktem Debakel wurde. Der "europäische Aufschwung", von Kohl und Genscher nach dem Kanzler-Sturz angekündigt, geriet in Stuttgart unter deutscher Präsidentschaft in die Sackgasse.

So ist das eben, wenn westeuropäische Regierungschefs zusammenkommen und dabei Hauptfragen so ausklammern, als gebe es sie gar nicht: Wie die sozialökonomische Krise bekämpft werden soll und wie Europa in den heutigen internationalen Beziehungen und Konflikten seine Rolle definiert. Wenn Tabus die Tagung beherrschen, dann geraten die Communiqués ins Skurrile. So feierte man schließlich Stuttgart deshalb als Erfolg, weil der ganze EG-Laden nicht auseinandergefliegen sei. Welch ein Kommentar nach knapp einem Jahr. Zögern und Ausflucht erhielten Vortritt - wieder einmal.

Vielleicht dämmert es inzwischen auch einigen Regierungsmitgliedern, daß zur deutschen Rolle in Europa mehr politischer Verstand, mehr Weitsicht und auch mehr Geschick gehören, als überhebliche Selbsteinschätzung und haltlose Herabsetzung der politischen Vorgänger vor einem Jahr ahnen ließen.

3. Ähnlich ist es mit der Politik, die sich um wirtschaftliches Gleichgewicht bemüht. Ich vergesse nicht die Unternehmer auf der Hannover-Messe nach dem 6. März: Ihre Stimmung sei gut, meinten sie. Befragt nach den Geschäften, antworteten sie, die noch nicht. Inzwischen löst sich das "noch" auch zusehends auf. Schlechte Geschäfte sind eben hartnäckiger als gute Stimmungen.

Der Rückzug des Staates aus der Beschäftigungspolitik, das Zusammenbrechen öffentlicher Investitionen, also konkreter Finanzierung von Aufträgen an die Wirtschaft, die Pleiten, der von oben kommende Finanzdruck auf die Gemeinden, die damit um ihre sozialökonomische Rolle gebracht werden, der außenwirtschaftliche Druck, die hohen Zinsen als Preis binenamerikanischer Defizite, die finanziellen Kollapsreaktionen der Dritten Welt - all das kommt auf uns zu, der "Aufschwung" aber nicht.

Kohl, der vor einem Jahr die Krisenfaktoren verdrängt und Helmut Schmidt bezichtigt hat, bleibt im Debakel unserer Tage seiner politischen Natur treu: Er ist zögerlich, zaudert, anstatt mit politischen Programmen gegen den Umschlag der Rezession in die Depression vorzugehen.

Der Markt werde es schon richten, meint die Regierung. Aber aus dem Wirtschaftsmarkt Bundesrepublik erwachsen immer mehr Veränderungen hin zu einem Arbeitslosigkeitsmarkt. Herausfordernd ist auch hier die Lethargie gegenüber den Krisensignalen. Daß der neue Kanzler die sozialökonomischen Bedingungen der Bundesrepublik und den deutschen Kurs in der weltweiten Krise besser als sein Vorgänger einschätzen oder gar handhaben kann, das meinen heute noch nicht einmal mehr die konservativen Salons.

4. Mutproben liefert die neue Bundesregierung - "um Taten zu zeigen" - ausgerechnet zu Lasten jener, die ohnehin von der Krise und den Zukunftsängsten am meisten betroffen sind: der breiten Schichten. Sicher: Wenn die internationale Hochkonjunktur kein Besitzstand mehr ist, dann ändern sich auch die nationalen Vorzeichen. Entscheidend ist allerdings, auf welche Weise das geschieht. Im letzten Sommer gab es eine eindeutige Alternative: Soll mit den beschäftigungspolitischen Mitteln und der sozial ausgleichenden Kraft des Sozialstaates gegen die Krise vorgingangen werden oder auf der anderen Seite die Krise dazu benutzt werden, den Sozialstaat erst zu unterlaufen und dann zu schassen. Die heutige Regierung hat sich für das Letzte entschieden, und dabei die FDP als eine Resttruppe, die inzwischen zu einer Kombination aus Libertinage und Hochmut gegenüber den Empfindungen und Interessen der arbeitenden Menschen geworden ist.

Läßt man alle Einzelheiten beiseite, dann werden Grundentscheidungen des Regierungslagers gegen Sozialstaatlichkeit deutlich:

- Der Verzicht auf konkrete und gewollte Beschäftigungspolitik steigert nicht nur die Gesamtarbeitslosigkeit, sondern führt zunehmend zur Ausgrenzung großer Teile der Jugend aus sozialökonomischer Zukunft.



- Das Entstehen einer neuen Armut, die durch das Auszehren zentraler Sozialleistungen und das Wachsen gemeindlicher Belastungen beschleunigt wird. Art und Umfang des Eingreifens der Regierung lassen schlimme Folgen für das soziale Sicherungssystem im ganzen entstehen.
- Die wachsende Versuchung im Regierungslager, arbeits- und tarifvertraglich geregelte Grundlagen der Sozial- und Arbeitsbeziehungen anzugreifen; man gewinnt den Eindruck, als ob mit einer neuen Technologie gleichzeitig eine Art Industrie- und Wirtschaftsfeudalismus restauriert werden soll.

Vor einem Jahr wurde nicht nur erklärt, sondern auf fast sakral imitierte Art "verkündet", die Bundesrepublik solle und müsse wieder "berechenbar" werden. Auch hier wieder die penetrante Mischung aus Haltlosigkeit gegenüber den Vorgängern und Grenzenlosigkeit in der Selbstüberschätzung. Dabei denke ich nicht nur an das Sommerloch-Trio dieses Jahres: Kohl schweigend am Wolfgangsee, Strauß bei Honecker und Genscher - wie meiat - fähig durch die Welt fliegend. Schon dies war alles andere als ein Bild seriöser Berechenbarkeit. Gravierender aber ist, wie sich das Regierungslager und sein Umfeld entwickeln. Unübersehbar die Mischung aus Überheblichkeit und wachsender Unsicherheit, das PR- und Sprüche-Gehabe, das Klima aus Erbauung, Lethargie und Opportunismus: Die Zehntelprozentjagd der FDP, die Wünschelrutensuche der CSU nach den Chancen einer neuen konservativen Partei, die Selbstdarstellungssucht der Grünen und das Verhalten einer CDU, bei der Jubeln wichtigste Regierungsbegleitung wird.

Die SPD muß von Monat zu Monat mehr erkennen, daß Helmut Schmidt vor einem Jahr recht hatte: Dies ist eine Zäsur, und heute ist hinzuzufügen: Es gibt keinen Weg zurück. Der sozialdemokratische Weg führt nur geradeaus, verträgt weder sozialliberale noch see-grüne Umwege. Sozialdemokraten sind nicht nur Opposition gegenüber dem heutigen Regierungstrio. Sie müssen auch ihren machtpolitischen Anspruch - personell und sachlich - für morgen entwickeln. Und das heißt: nicht nur Protestbewegung in einer bourgeoisen Demokratie zu sein, sondern gestaltende Kraft eines Sozialstaates zu werden.

Mit dem Sturz von Helmut Schmidt hat unser Land nicht nur einen Kanzler, sondern auch - wie ich meine - ein Jahr verloren. Aufpassen müssen wir, daß wir nicht eine Zukunft verlieren, für die wir schon einmal in den 60er Jahren gekämpft haben: für den Sozialstaat und ein zum Ausgleich und zum Frieden fähiges Europa.

(-/17.8.1983/va-he/oa)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Auf dem Landesparteitag der Hessischen Sozialdemokraten in Wiesbaden hat der stellvertretende Vprsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des SPD-Vorstandes, Horst Ehmke, am Wochenende unter anderem folgendes ausgeführt:

Der Offenbarungseid der Rechtskoalition (Teil II)

Hat die Finanz- und Kürzungspolitik der Rechtskoalition so auf der einen Seite unsere wirtschaftlichen Probleme noch vergrößert, so hat sie andererseits dazu geführt, daß die soziale Gerechtigkeit in unserem Lande langsam unter die Räder kommt. Die Umverteilung von unten nach oben, vor der wir Sozialdemokraten im Bundestagswahlkampf gewarnt haben - und die mancher Wähler für eine bloße Wahlkampfparole gehalten haben mag - ist in vollem Gange. Es werden nicht nur Auswüchse korrigiert, Überflüssiges zurückgenommen, sowie wir es auch getan haben. Nein: Es wird gerade bei denen gekürzt und gespart, die auf solidarische Hilfe angewiesen sind: bei den Behinderten und Kranken, bei den Arbeitslosen und den Rentnern, bei den Müttern und den Schülern. Selbst den Sozialhilfeempfängern wird der Brotkorb höher gehängt.

Die unbestrittene Notwendigkeit auch im Sozialbereich finanziell kürzer zu treten, kann die soziale Ungerechtigkeit der Politik der Rechtskoalition nicht rechtfertigen.

Da werden zum Beispiel durch Kostenbeteiligung im Krankenhaus und bei Kuren den Kranken erhebliche Lasten auferlegt und ein hessischer Antrag, das wieder zu ändern, wird im Bundesrat mit "Hurra" abgeschmettert. Gleichzeitig blieben aber die Anbieter im Gesundheitswesen, vor allem die Ärzte und Zahnärzte mit ihren Jahreseinkommen von mehreren hunderttausend DM gänzlich unbehelligt.

Oder: Durch Verschlechterung des Wohngeldes, Erleichterung von Mieterhöhungen, Abbau der Sozialhilfe werden vor allem kinderreiche Familien, Rentner und alleinstehende Frauen erheblich belastet. Auf der anderen Seite werden aber den ohnehin schon Privilegierten durch Senkung der Vermögenssteuer - immerhin in einem Umfang von 1,5 Milliarden DM jährlich - sowie durch andere Steuererleichterungen weitere Privilegien zugesichert.

Rentner, Kriegsoffer, Behinderte und Arbeitslose werden durch teilweise tiefe Eingriffe in Sozialleistungen in ihrem Lebensstandard beschränkt. Arbeitnehmer werden durch höhere Abgaben und höhere Steuern zusätzlich zur Kasse gebeten. Die oberen Hunderttausend aber erhalten zusätzliche Steuerbegünstigungen. Und die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden sollen sich bitte durch das Mittelstandsgerede der Konservativen nicht vormachen lassen, daß alles käme ihnen zugute. Am Beispiel etwa der Grundsteuer und der Vermögenssteuer können sie sich selbst leicht ausrechnen, daß das alles den Großen zugute kommt.

Ihre im Wahlkampf den Rentnern gegebenen Versprechen hat die CDU nur wenige Wochen später gebrochen. Die Zahl der Rentner, die glauben, daß Herr Blüm ihre Renten besser sichern könne, als es die SPD über so viele Jahre getan hat, schmilzt dementsprechend dahin. Herr Blüm hüpfst zwar guten Willens wie ein Rumpelstilzchen durch die deutsche Soziallandschaft und stampft auf den Boden der Tatsachen. Aber in der CDU hat er samt seinen Sozialausschüssen wenig zu bestellen und in der Koalition noch weniger.

Ein besonders einprägsames Beispiel für die Doppelzüngigkeit der Union hat ihr Fachmann auf diesem Gebiet, Herr Geißler, im Bereich der Familienpolitik gegeben. Er versucht, die beabsichtigten Kürzungen beim Mutterschaftsgeld - das wir Sozialdemokraten mühsam genug erkämpft haben - mit dem Versprechen zu rechtfertigen, ab 1987 sollten auch alle nicht-berufstätigen Frauen Mutterschaftsgeld erhalten. Was er verschweigt ist, daß, um das zu finanzieren, der Finanzminister erst einmal zu einem Dukatenkacker werden müßte. Ich frage mich, wann endlich werden die Familienverbände, gerade auch die kirchlich gebundenen Familienverbände, diesem miesen Doppelspiel der Union endlich an der Wahlurne eine Quittung erteilen?

Und ich frage mich: Wann werden kirchlich gebundene Wähler es endlich an der Wahlurne quittieren, daß Herr Kohl zwar oft und feierlich vom Schutz der Familie redet, gleich-



zeitig aber Mieterhöhungen teils initiiert, teils zulässt, die vielen Familien das Dach über dem Kopf wegnehmen. Die Mieten steigen - wie wir es vorausgesagt haben - ständig, und die Altbaumieten steigen dreimal so schnell wie die übrigen Lebenshaltungskosten.

Was man von den Versprechungen der CDU und ihres Vorsitzenden Helmut Kohl zu halten hat, kann der Wähler aber auch an den Fragen der Jugendarbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels studieren. Die CDU hat feierlich versprochen, die Jugendarbeitslosigkeit energisch zu bekämpfen. Statt dessen steigt die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen, Herr Kohl hat sodann in seiner bekannt vollmundigen Art eine sogenannte Lehrstellen-garantie abgegeben. Die Wirklichkeit spricht dem Hohn: Weit über 100.000 junge Leute sind heute ohne Lehrstellen. Und die Zerstörung der Ausbildungshilfe durch die Konservativen - gegen die auch Hessen im Bundesrat vergeblich gekämpft hat - vermindert die Chance der jungen Leute weiter, jedenfalls der jungen Leute, die nicht aus der Oberschicht kommen.

Alles dies zeigt, daß der schon zitierte CDU-Mann Haimo George nur offen ausgesprochen hat, was viele Konservative denken, und was die Rechtskoalition seit dem Regierungswechsel in Bonn praktiziert: Begrenzung des Kündigungsschutzes und des Schutzes von Tarifverträgen für Arbeitnehmer, geringe Lohnfortzahlung bei Krankheit, niedrigere Mindestlöhne, Abbau von Schutzvorschriften für Frauen, Mütter, Jugendliche und Behinderte: alles dies soll dem im Grundgesetz verankerten Sozialstaat endgültig den Garaus machen.

Daß das kein bloßes Gerede ist, zeigt der Haushaltsentwurf '84 der Rechtskoalition: Er setzt die Politik der einseitigen Lastenverteilung fort. Auch 1984 sollen diejenigen die größten Lasten tragen, die am wenigsten dazu in der Lage sind:

- das Arbeitslosengeld und die Arbeitsloehilfe sollen gekürzt werden,
- das Krankengeld soll beitragspflichtig und damit um mehr als zehn Prozent gesenkt werden,
- die Leistungen für Schwerbehinderte sollen reduziert werden,
- das Mutterschaftsgeld soll gekürzt werden,
- die Arbeitnehmer mit Durchschnittseinkommen sollen erneut höhere Beiträge für die Renten- und Krankenversicherung zahlen,
- die Rentner sollen im kommenden Jahr mit einer Rentenerhöhung von 1,4 Prozent abgespeist werden.

Wir müssen den Wahlkampf in Hessen so führen, daß die Wähler trotz der Vernebelungspropaganda der Rechtskoalition klarer sehen können, was diese Koalition in unserem Lande anrichtet, und wir müssen dafür sorgen, daß es mehr Wähler als bisher sehen können. Dabei müssen wir den Wahlkampf so führen, daß wir glaubwürdig bleiben.

Wir versprechen keine Wunder. Wir wissen, daß wir noch eine lange schwierige Wegstrecke vor uns haben - wie andere Völker auch. Aber wir dürfen und müssen dem Wähler noch einmal darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik unter Helmut Schmidt in der Bekämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise einen Spitzenplatz in der Welt eingenommen hat. Den hat die Rechtskoalition - sowohl was die Arbeitslosigkeit, als auch was die D-Mark angeht - in noch nicht einmal einem Jahr verspielt.

Und wir dürfen und müssen darauf hinweisen, daß wir es nicht bei Worten bewenden lassen. Wir haben in der Bundestagsfraktion konkrete Vorschläge erarbeitet und im Bundestag zur Abstimmung gestellt. So zum Beispiel zur Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit. Es ist doch ein Unsinn, daß heute drei Millionen Menschen keine oder nur Kurzarbeit haben, während andere Millionen von Arbeitnehmern bis an die Grenze ihrer körperlichen und seelischen Leistungsfähigkeit arbeiten müssen.

Es ist ebenso unsinnig, daß wir immer mehr Milliarden für Arbeitslose ausgeben, statt mit diesem Geld Beschäftigungsprogramme zu verwirklichen, wie wir sie - solide finanziert - ausgearbeitet haben. Mit Schwerpunkten auf der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Energiesicherung, der Industrie-Erschließung und dem Umweltschutz. Wir haben auch Vorschläge für die Sanierung der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Werfter vorgelegt. Und wir werden dem Kohlebergbau weiter helfen.



Daß dies keine graue Theorie ist, das hat nicht nur Helmut Schmidt als Bundeskanzler bewiesen, das hat auch Holger Börner im letzten Jahr in Hessen bewiesen, obwohl er Chef nur einer geschäftsführenden Landesregierung war und eine schwarz-grüne Verweigerungskoalition gegen ihn stand.

In Hessen ist ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm mit den Schwerpunkten Wohnungsbau und Sanierung, Dorferneuerung, Energieeinsparung und Umweltschutz in Kraft gesetzt worden. Fast sämtliche Mittel dieses Programms sind bereits abgeflossen. Über 28.000 Arbeitsplätze wurden damit in Hessen geschaffen beziehungsweise gesichert. Außerdem habt Ihr tausende zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Für Energieeinsparen und für Natur und Umweltschutz wurden bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt.

Das bringt mich zu einem Problem, das in der deutschen Öffentlichkeit wie in der SPD lange und heiß diskutiert worden ist: zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie. Ich meine, wir vergeben uns nichts, wenn wir in diesem Zusammenhang sagen, daß auch wir insoweit der ökologischen Bewegung - bei allen Übertreibungen und Einseitigkeiten - vieles schulden. Ohne sie wären wir heute in diesen Fragen nicht so weit wie wir es sind. Dabei habe ich nicht vergessen, daß in der SPD einer der wesentlichen Anstöße, Ökologie und Ökonomie zusammenzusehen und zu einer integrierten Politik zu verbinden, aus Hessen gekommen ist. Ich meine das unter Federführung von Willy Görlach erarbeitete Programm, das der Berliner Parteitag mit großer Mehrheit angenommen hat.

Es liegt in dieser Linie, daß die Hessische Landesregierung und die hessische SPD im Kampf gegen das Waldsterben, das uns alle mit großer Sorge erfüllen muß, mit ihren Initiativen vorangegangen sind. Wir dürfen gerade auf diesem Gebiet sicher nicht selbstgerecht sein. Wir dürfen aber auch nicht so tun, Genossinnen und Genossen, als ob es der Grünen bedurft hätte, uns diesem Problem zu stellen.

Ich bin zum Beispiel der Meinung, daß es eine große Leistung unserer Partei war, unsere Energiepolitik vom Wachstumsfetischismus zu befreien und auf eine besonnene und ausgewogene Grundlage zu stellen. Wir haben uns gegen einen verantwortungslosen Ausbau der Kernenergie gestemmt, zumal das Entsorgungsproblem, das viele Generationen beschäftigen wird, immer noch nicht gelöst ist. Aber wir haben auch der Versuchung widerstanden, auf Kernenergie einfach zu verzichten, solange wir nicht wissen, ob wir sie nicht doch als Restenergie brauchen. Wir dürfen uns, unsere Industrie und unsere Arbeitnehmerschaft nicht in die Position bringen, für diesen Fall Kernenergieanlagen aus Frankreich importieren zu müssen. Diese vorsichtige Politik ist nach wie vor richtig, zumal der von uns geforderte Vorrang der Kohle gerade unter vielfältigen Umweltschutzgesichtspunkten schwieriger zu verwirklichen ist, als wir noch vor einigen Jahren angenommen haben. Wir haben unsere besonnene Politik der Risikostreuung gegen die teilweise skrupellosen Angriffe der Atomlobby mit Herrn Lambsdorff an der Spitze ebenso verteidigt wie gegen die großen grünen Vereinfacher. Und wir haben gegenüber beiden Recht behalten. Darauf darf die SPD auch ruhig ein bißchen stolz sein und nicht nur in Wahlkampfzeiten.

Die Rechtskoalition in Bonn hat auf dem Gebiet des Umweltschutzes eine bequeme Arbeitsteilung gefunden: Der Innenminister gibt sich progressiv und macht eine Reihe diskutabler Vorschläge, während Herrn Lambsdorff die Aufgabe zufällt, in gewohnter und eingeübter Weise die angeblichen Interessen der Industrie wahrzunehmen, das heißt die Vorschläge zu verwässern oder zu Fall zu bringen.

Das bringt mich auf den Namen Zimmermann. Als ich seinerzeit im Bundestag die Bedenken der deutschen Sozialdemokraten gegen die Ernennung dieses Mannes zum Bundesinnenminister vorgebracht habe, hat mir unter anderen ein kirchlicher Würdenträger geschrieben, er verstehe nicht, daß ich einen solchen persönlichen Angriff öffentlich vorgetragen hätte. Aber es geht hier nicht um einen Angriff auf eine Person. Es geht um die Maßstäbe unserer parlamentarischen Demokratie, es geht um die Einhaltung dieser Maßstäbe und damit um unsere demokratische Glaubwürdigkeit. Ich kann daher nur noch einmal in aller Ruhe sagen: Ein Mann, der nur durch das Zugestehen zeitweilig beschränkter Zurechnungsfähigkeit aus einem Meineidsverfahren herausgekommen ist, dürfte in unserem Staat nicht der für den Verfassungseid und den Beamteneid zuständige Minister sein.

Der Wähler kann die Wahlentscheidung vom 6. März jetzt nicht korrigieren. Aber eines kann er tun: Er kann am hessischen Wahltag ein sichtbares Zeichen dafür setzen, daß er den Kurs der Rechtskoalition mißbilligt. Und er kann mit Holger Börner in Hessen ein Gegengewicht setzen gegen eine Politik, die ihren Offenbarungseid schon leistet, bevor sie auch nur richtig begonnen hat.

(-/17.8.1983/vo-he/ca)